76. Jahrgang. Nr. 94 — Donnerstag, 25. Februar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 85 341
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise: bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. obg. Preisaufschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Verl. u. Verlag: Dietzsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1046 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Reichstagssitzung zweimal unterbrochen

Scharfer deutschnationaler Angriff

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Febr. Unter den Rednern der Reichstagsdebatte am Mittwochnachmittag verdient die ruhige, sachliche, außenpolitisch abgestimmte Auseinandersetzung des deutschnationalen Abg. von Freytagh-Loringhoven besondere Hervorhebung. Die deutschnationale Fraktion zwang dadurch die Uferlosigkeit mehr oder minder theoretischer Deklamationen auf ein klar abgegrenztes sachliches Gebiet zurück, zugleich aber auch auf ein Thema, das dem Kanzler und Außenminister gleichermaßen peinlich sein muß. Von dem unglückseligen Ausgang der von der gesamten Nation begrüßten Zollunion mit Deutsch-Oesterreich an wurde

die Linie der deutschen Außenpolitik einer sachlich wohl informierten Kritik unterworfen.

So entstand ein nahezu lückenloses Bild der verworrenen und verfahrenen außenpolitischen Lage Deutschlands, gipfelnd in dem wahrhaft deprimierenden bisherigen Paktieren der deutschen Reichsregierung Litauen gegenüber in der Memelfrage. Es muß erwartet werden, daß der Reichskanzler in seiner Rolle als gleichzeitiger Außenminister die vielfachen Fragen, die an ihn ganz präzise gestellt worden sind, beantwortet, wobei er freilich der Feststellung, daß Deutschland außenpolitisch isolierter ist denn je und sich nahezu in einer verzweifelten Lage befindet, wenig Stichhaltiges wird entgegenhalten können.

Aus den Ausführungen des wirtschaftsparteilichen Redners Dr. Bredt geht hervor, daß die Reichsregierung der wirtschaftsparteilichen Stimmen in der Endabstimmung sicher sein kann. Einen wenig schönen Eindruck machte Dr. Bredts Versuch, seinem früheren Parteifreund, dem ehemaligen sächsischen Finanzminister Dr. Weber, der inzwischen zu den Deutschnationalen übergetreten ist, nachträglich etwas anzuhängen.

Das Ohr des Hauses hatte dann Graf Westarp, der sich seiner Aufgabe mit ebenso viel Takt wie Vornehmheit unterzog. Hervorzuheben ist, daß Westarp sich ausdrücklich nicht die von der Linken geflissentlich verbreitete Darstellung zu eigen macht, als habe Dr. Goebbels gestern den Reichspräsidenten persönlich beleidigen wollen. Graf Westarp bekannte sich nach einigen kritischen Bemerkungen über den Kampf der Harzburger Opposition gegen das System erneut zu Hindenburg und versuchte darzulegen, daß auch die Unterzeichnung des Youngplanes Hindenburg nicht zum Vorwurf gemacht werden könne.

Im Gegensatz zu dieser auch von den Gegnern der heutigen Westarpschen Richtung mit Ruhe und Zurückhaltung angehörten Rede standen dann die plumpen Ausführungen des Staatsparteilers Dr. Weber, dessen rhetorischer Aufwand im umgekehrten Verhältnis zu der nahezu ins bodenlose gesunkenen Bedeutung der von ihm vertretenen politischen Gruppe stand. Dabei war politisch interessant, daß

sich Weber ziemlich heftig gegen den Reichswehrerlaß Groeners und auch die Interpretation, die der Reichswehrminister heute dazu gegeben hat, wandte.

Praktisch bestehen zwischen Staatspartei und Sozialdemokratie kaum noch Nuancen in der Stellungnahme. Die Art, wie sich Dr. Weber seiner Aufgabe entledigte, führte schließlich zu neuen Tumultszenen. Man mag zu den Nationalsozialisten stehen wie man will — eins wird nicht zu bestreiten sein, und das ist, daß diese Bewegung unter allen politischen Gruppen des deutschen Volkes bei weitem die größte Anzahl von Blutopfern gebracht hat. Aus diesem Märtyrertum einer nahezu beispiellosen Selbstaufopferung im innerpolitischen Kampf zieht der Nationalsozialist starke politische Kräfte, und wer seine Märtyrer beleidigt, muß damit rechnen, daß ihm die Feindschaft der Partei in Formen entgegengetragen wird, die ein Ausweichen nicht mehr gestatten.

Dr. Weber hatte die Vermessenheit, mit erhobener Stimme heute zu erklären, daß die Nationalsozialisten den Weg des politischen Mordes vorangegangen seien. Kaum war dieses Wort gefallen, als die Nationalsozialisten geschlossen gegen die Rednertribüne anrückten und von dem Redner Zurücknahme seiner Beleidigung und Entschuldigung forderten.

Wieder war die Rednertribüne von einem Knäuel in höchster Erregung befindlicher Abgeordneten umgeben, so daß die Sitzung aufgehoben werden mußte. Der Aeltestenrat trat zusammen, und hier forderten die Nationalsozialisten mit aller Energie, daß Dr. Weber seine Beleidigung zurücknehmen müsse. An diesem Entschluß konnte er sich unglücklicherweise nicht durchringen. Aber auf Zureden des Präsidenten entschloß er sich, seine Rede heute nicht mehr fortzusetzen. Morgen will er es unternehmen, dokumentarische Beweise für seine Behauptung im Reichstag zu erbringen, ein Versuch, der, wie die Dinge liegen, sicherlich wieder zu tumultuösen Szenen führen muß.

Wenige Minuten nach Wiedereröffnung der Sitzung kam es zu neuen Auseinandersetzungen, die diesmal von den Kommunisten provoziert waren. Der nationalsozialistische Abgeordnete und Chefredakteur des „Völkischen Beobachters", der Deutschbalte Rosenberg, hielt eine außenpolitische Rede, die wiederholt von der Linken unterbrochen wurde. Kommunisten riefen dem Redner beleidigende Worte zu und spielten auf eine schon oft zurückgewiesene Behauptung an, die sich auf die Tätigkeit Rosenbergs in den Jahren 1918 bis 1922 im Baltikum bezog. Rosenberg erklärte hierauf, diese Behauptungen seien eine Lüge und bot dem Sozialdemokraten, der sie wiederholte, daraufhin eine Ohrfeige an. Löbe entzog Rosenberg das Wort und unterbrach in den darauf folgenden erregten Auseinandersetzungen, bei denen kein Mensch mehr ein Wort verstehen konnte, die Sitzung zum zweiten Male.

Schließlich ging aber trotzdem dieser stürmische Tag in der achten Abendstunde einigermaßen friedlich zu Ende. In langer währender Sitzung des Aeltestenrates hatte sich Löbe entschließen müssen, das Vorgehen Rosenbergs als berechtigt anzuerkennen. Der kommunistische Beleidiger bekam seinen Ordnungsruf. Rosenberg hatte es durchgesetzt, seine Rede zu Ende führen zu können. Dies geschah denn in der fast trockenen Tonart, in der Deutschbalten zu reden pflegen. Nichtern wurde ein außenpolitisches und später ein innerpolitisches Argument nach dem anderen Brüning entgegengehalten. Rosenberg schloß, indem er sich dem Reichskanzler zuwandte, mit den Worten: Brüning werde in absehbarer Zeit dem Reichspräsidenten Adolf Hitler seine Demission einzureichen haben. Das Ende des ereignisreichen Tages waren noch einige persönliche Bemerkungen und die Vertagung auf Donnerstag mittag.

(Sitzungsbericht auf Seite 2.)

Wirtschaftlicher Irrsinn

Dr. Luther, der sorgenüberlastete Reichsbankpräsident, der Tag um Tag stärker und dringender mit Kreditausweitungswünschen bestürmt wird und ihnen jetzt bereits vor allem bei der Bankensanierung, aber auch bei den Agrarkrediten, der Osthilfe und den Russenexportkrediten, so weit nachgegeben hat, wie es die schwache Golddecke der Reichsbank nur irgend erlaubt, hat vor kurzem eine recht bezeichnende Aeußerung getan. Er sagte, wenn er so von einer Sitzung seines Instituts oder gar des Reichskabinetts komme und in seinem Wagen nach Hause fahre, dann wundere er sich immer wieder darüber, daß die Leute so ruhig durch die Straßen gehen! Die Verwunderung des Reichsbankpräsidenten ist verständlich. Denn er hat vollen Einblick in unsere gefährdete wirtschaftliche Lage. Er erlebt täglich neu, wie wir wirtschaftspolitisch, finanzpolitisch und sozialpolitisch, von der Außenpolitik gar nicht zu reden, an einem Abgrund entlang gehen, in den uns der leiseste Fehltritt stürzen kann. Aber er weiß ja auch, wie wenig im Grunde die breite Oeffentlichkeit von den Sorgen der Regierenden erfährt. Notverordnungen und der Ausnahmezustand verhindern es, daß die volle Wahrheit über die Lage uns völlig bewußt wird. Wer weiß, wie es eigentlich um unsere Finanzen steht? Die Aufklärung, die in früheren Jahren die Finanzminister in regelmäßigen Abständen dem Parlament zu geben gezwungen waren, fällt fort, weil der Reichstag nur noch zu seltenen Zwischentagungen zusammenkommt. Dann aber ist die Tagesordnung wohlweislich auf einige politische Punkte beschränkt. Für wirtschafts- und finanzpolitische Fragen bleibt keine Zeit. Ja, selbst wenn hier und da sich einmal der dichte Schleier löst und wir erfahren, daß die größten finanzpolitischen Schwierigkeiten uns erst bevorstehen, so pflegt das heute in der Regel unbeachtet zu bleiben oder schnell wieder vergessen zu werden, weil ein jeder zu sehr mit seinen großen und ganz großen Sorgen zu tun hat. Außerdem läßt uns die Gegenwart mit ihren sich jagenden Ereignissen kaum Zeit, eine wichtige Zeiterscheinung mit ihren oft einschneidenden Folgen auch nur zu Ende zu denken. Die Kandidatenfrage zur Reichspräsidentenwahl, die Spannung über den Ausgang der Reichstagsabstimmungen bannt gegenwärtig die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit vollkommen. Im übrigen sind wir durch die Flut der Ereignisse so abgestumpft, so fatalistisch geworden, daß uns nicht einmal mehr die Verlustbilanzen der deutschen Großbanken, in denen sich die Opfer, die die Wirtschaftskrise bisher erforderte, in erschreckender Deutlichkeit widerspiegeln, irgendwie berühren. Ein Achselzucken und im übrigen ein geduldiges Hoffen auf das Wunderbare ist alles.

Wäre es anders, so hätten die Ziffern der Entwicklung unseres Außenhandels im Januar wie Posaunenstöße wirken müssen. Künden sie doch in der eindeutigen Sprache der nüchternen Zahlen auf das eindrucksvollste das Ergebnis der Abschließungspolitik des Auslandes vor deutschen Waren wieder. Von einem Höchststand von 887 Millionen Mark im Oktober 1931 und von einem durchschnittlichen Ueberschuß von 818 Millionen Mark in der zweiten Hälfte 1931 ist der Ueberschuß unserer Ausfuhr über die Einfuhr auf 117 Millionen Mark im Januar gefallen; damit ist die deutsche Ausfuhr wieder auf den Stand zu Beginn des Jahres 1924 zurückgegangen. Das Entscheidende dabei ist, daß unsere Fertigwarenausfuhr, der einzige Aktivposten unserer Handelsbilanz, der bis vor kurzem noch 7 Millionen Menschen Brot und Arbeit gab, nunmehr um 40 Prozent seit Oktober 1931 gesunken ist. Der Einschrumpfung des Binnenmarktes folgt jetzt auch der Außenmarkt nach. Gleichzeitig hat die Einfuhr einen neuen Tiefstand von 440 Millionen Mark erreicht. Das könnte erfreulich sein, wenn davon die entbehrliche Einfuhr an Lebensmitteln und ausländischen Kohlen getroffen worden wäre. Aber gerade hier hat sich kein Absinken bemerkbar gemacht. Ja, bei der Kohle ist die Einfuhr trotz der riesigen eigenen Kohlenvorräte sogar gestiegen. Eine Folge des Absinkens des Pfundes, das den Engländern die Möglichkeit einer billigen Konkurrenz gibt. So wird die vielbesprochene Krise der englischen Währung in Wirklichkeit zu einer Krise unserer eigenen Wirtschaft. Denn neben dem Schutzzollen ist es die Abkehr eines großen Teiles derjenigen Länder, die bisher deutsche Waren abnahmen, vom Golde, die unsere Ausfuhr schädigte, während umgekehrt die Einfuhr entbehrlicher Waren aus diesen Ländern erleichtert wurde. Wenn trotzdem die Einfuhr ebenfalls einen Tiefstand erreicht hat, so deshalb, weil die Einfuhr unentbehrlicher Rohstoffe, die die Grundlage unserer Fertigwarenerzeugung und damit auch unserer Fertigwarenausfuhr bilden muß, in bedenklicher Weise zurückgegangen ist.

Diese Erscheinungen sind aber nicht nur vom Standpunkt der betroffenen Industrie einschließlich der darin Beschäftigten wichtig, sondern sie haben eine eminente außenpolitische Bedeutung. Denn es ist bereits bei diesem

Biersteuersenkung ab 20. März

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Februar. Der Reichsfinanzminister hat seine Zustimmung gegeben, daß die Biersteuer, soweit sie jetzt insgesamt 22 Mark beträgt, ab 20. März um insgesamt 7 Mark pro Hektoliter gesenkt werden soll.

Die Lokalkommission der Berliner Gastwirte hat in einer Sitzung am Mittwochabend beschlossen, ab Donnerstag früh 8 Uhr, das heißt mit dem Schluß der Polizeistunde, in den Bierstreik zu treten. Der Beschluß ist mit großer Mehrheit gefaßt worden.

Der Gewerbeausschuß beim Branntweinmonopol hielt am Mittwoch eine außerordentliche Sitzung ab, zu der der Präsident der Monopolverwaltung sowie das Finanzministerium eingeladen worden waren. In dieser Sitzung wurde durch die Vertreter des Gewerbes mit großem Nachdruck auf den ständigen Rückgang der fiskalischen Erträge aus dem Branntweinmonopol und auf die allein schon hieraus sich ergebende Notwendigkeit einer erheblichen Spritpreissenkung hingewiesen. Der Vertreter des Finanzministeriums anerkannte rückhaltlos die sich aus dem ständigen Rückgange des Branntweinverbrauches ergebende schwere Schädigung der Reichsfinanzen. **Er sei ermächtigt, die Erklärung abzugeben, daß gleichzeitig mit der Senkung der Biersteuer eine den fiskalischen Interessen gerecht werdende Senkung des Spritpreises erfolgen würde.**

Stimson gegen Japan

Nichtigerklärung des Washingtoner Flottenabkommens?

Washington, 24. Februar. Staatssekretär Stimson hat jetzt in einem Brief an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Borah, mittelbar auf die letzte japanische Note an den Völkerbundsrat geantwortet.

Stimson wirft Japan vor, absichtlich den Washingtoner Neunmächtevertrag verletzt zu haben. Er fordert die Aufrechterhaltung der Politik der offenen Tür in China, andernfalls Amerika das Washingtoner Flottenabkommen für nichtig erklären werde.

Der Neunmächtevertrag sichere allen Mächten dieselben Aussichten für den Handel im Fernen Osten und schalte gleichzeitig eine Bereicherung einer fremden Macht auf Kosten Chinas aus. Die Abrüstungspolitik der Vereinigten Staaten baue auf der Beachtung des Neunmächtevertrages, des Kelloggvertrages und auf der Politik der offenen Tür in China auf. Die Mißachtung eines einzelnen Vertrages mache infolgedessen das ganze Vertragswerk hinfällig.

Die Kämpfe um Kiangwan

London, 24. Febr. Ueber die Kampflage bei Kiangwan liegen widersprechende Meldungen vor. Die Nachricht, wonach die Japaner Kiangwan von neuem erstürmt hätten, konnte bisher noch nicht bestätigt werden. Tatsache ist, daß am Mittwoch ein neuer japanischer Angriff nach Artillerie- und Fliegervorbereitung einsetzte. Der japanische Vorstoß war jedoch erfolglos.